

# Westalternative D wird favorisiert

Phantasialand soll in zwei Schritten um mehr als 28 Hektar erweitert werden

Von WOLFGANG KIRFEL

**BRÜHL/KÖLN.** Die Bezirksregierung favorisiert für eine Erweiterung des Phantasialands die Westalternative D. Sie sieht eine Ausdehnung des Freizeitparks um knapp vier Hektar im Osten und um gut 24 Hektar im Westen vor. Die Variante wird die Bezirksregierung dem Regionalrat Köln in seiner am morgigen Freitag stattfindenden Sitzung zur Beschlussfassung vorschlagen.

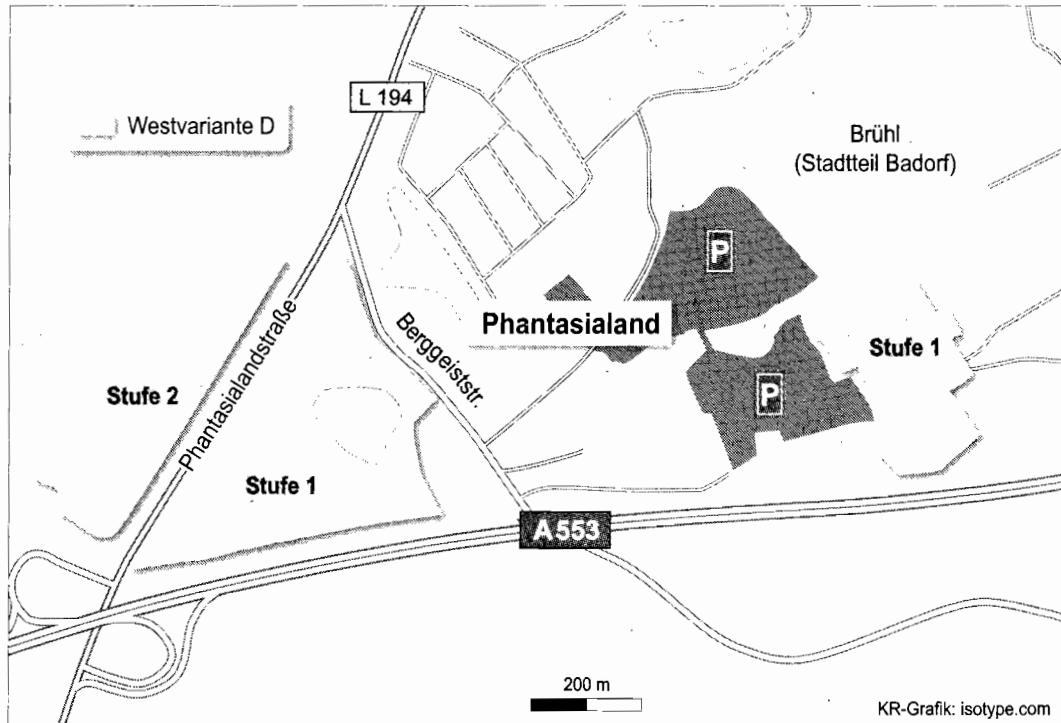
„Eine Erweiterung kann nicht konfliktfrei erfolgen“, betonte Regierungspräsidentin Gisela Walsken. Denn in dem Spannungsfeld zwischen Wald, Autobahn und Anwohnern gebe es eine komplizierte Gemengelage. Diesen Zielkonflikt zu lösen, sei gar nicht so leicht. „Wir favorisieren die Westalternative D, weil im Osten ein gewisser Abstand zur Wohnbebauung eingehalten wird und die Waldanspruchnahme geringer ist als bei den anderen vom Arbeitskreis im Moderationsverfahren erarbeiteten Westalternativen“, so der zuständige Sachbearbeiter, Marco Schläger.

Die umweltverträglichste Lösung ist die West-Ostalternative B, in der das Naturschutzgebiet Ententeich sowie Flächen im Osten südlich des Lenterbachs und nördlich der Autobahn überplant werden. Sie ist laut Schläger aber wegen der Nähe zur Wohnbebauung, der mangelhaften Verkehrserschließung und dem Wunsch des Phantasialands, eine zusammenhängende Fläche für die Erweiterung zu be-

kommen, nicht realisierbar. Die Erweiterung im Rahmen der Westalternative D soll in zwei Stufen erfolgen. Zunächst soll die Fläche im Osten sowie das Naturschutzgebiet Ententeich genutzt werden. In einem zweiten Schritt soll dann der Bereich westlich der Landesstraße 194 überplant werden. „Die Stadt kann zunächst nur für die erste Stufe den Flächennutzungsplan ändern und den Bebauungsplan aufstellen. Erst sehr viel später kann man sich dann mit der Frage beschäftigen, ob eine er-



**Nach dem Beschluss** des Regionalrats soll es eine umfassende Bürgerbeteiligung geben, verspricht Regierungspräsidentin Gisela Walsken. (Foto: Kirfel)



**Eine Erweiterung** in zwei Schritten: Zuerst wird die Fläche im Osten und der Ententeich genutzt.

## KOMMENTAR



## Viele Fragen

WOLFGANG KIRFEL  
zur Westalternative D

Der große Wurf ist der Vorschlag der Bezirksregierung sicher nicht. Die von ihr favorisierte Westalternative D lässt Fragen offen und verschiebt Probleme in die Zukunft.

Im Westen werden Waldflächen in Anspruch genommen, obwohl das Land Nordrhein-Westfalen als Eigentümer mehrfach erklärt hat, keinen Wald verkaufen zu wollen. Bezweifelt werden darf auch, ob eine Ost-Erweiterung bei den dortigen Anwohnern auf Gegenliebe stößt.

Zwar hat sich die Bezirksregierung bemüht, den Wald jenseits der L 194 durch die Erweiterung in zwei Schritten zumindest für einige Zeit noch zu retten. Aber die Hürden für eine künftige Ausdehnung des Freizeitparks in den Wald hinein sind nicht sehr hoch. Denn eine der beiden Voraussetzungen ist schon jetzt erfüllt. Das Phantasialand hat stets betont und mit seiner Planung angeblich auch nachgewiesen, dass der Bedarf für 30 Hektar vorhanden sei.

So gibt es bei der Westalternative D mit den Anwohnern und der Natur gleich zwei Verlierer und mit dem Phantasialand, dessen Vorstellungen weitgehend berücksichtigt wurden, einen klaren Gewinner.

neute Erweiterung nötig ist“, betonte Joachim Diehl, zuständiger Abteilungsleiter bei der Bezirksregierung. Die zweite Stufe werde auch nur dann realisiert, wenn das Phantasialand den Bedarf nachweise und die Ausgleichsmaßnahmen für den ersten Erweiterungsschritt vollständig realisiert worden seien. Vorgesehen sind laut Schläger unter anderem Aufforstungen mindestens im Verhältnis eins zu eins sowie die Anlage eines Ersatzgewässers für den Springfrosch. Auch für den Eisvogel, der am Ententeich beheimatet ist, müssen Ersatzlebensräume geschaffen werden. Vorgesehen sind dafür Flächen an der Gymnicher Mühle in Erftstadt.

Walsken unterstrich, dass eine eventueller Beschluss am Freitag zugunsten der Westalternative D erst der Einstieg in das weitere Verfahren darstelle. „Wir werden die Bürgerbeteiligung sehr breit anlegen und damit weit über die rechtlichen Vorgaben hinausgehen.“ Diesen Schritt halte sie für dringend erforderlich.

Die Planunterlagen werden laut Regierungspräsidentin nicht nur in ihrem Haus in Köln, sondern auch beim Rhein-Erft-Kreis in Bergheim und bei der Stadt Brühl ausgelegt. „Zusätzlich werden Mitarbeiter der Bezirksregierung vor Ort sein, und die Pläne erläutern“, so Walsken. Alle begründeten Argumente von den Trägern öffentlicher Belange und den Bürgern sollen im weiteren Verfahren berücksichtigt werden.